

Antwort
der Bundesregierung

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Hartmut Koschyk, Anneliese Augustin,
Jürgen Augustinowitz, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU
– Drucksache 13/3596 –**

Verfassungsfeindliche Bestrebungen der PDS und ihres Umfeldes

1. Welche verfassungsfeindlichen Gruppierungen gibt es nach Kenntnis der Bundesregierung in der PDS? Wie viele Mitglieder bzw. Anhänger haben diese Gruppen nach Kenntnis der Bundesregierung?

Was sind nach Kenntnis der Bundesregierung die politischen Ziele der „Kommunistischen Plattform“ in der PDS?

Trifft es nach Kenntnis der Bundesregierung zu, daß viele der Mitglieder in den alten Ländern vorher in linksextremistischen Gruppen aktiv waren? Um welche Gruppen handelt es sich dabei?

- Der Verfassungsschutzbericht des Bundesministeriums des Innern für das Jahr 1994 beschreibt tatsächliche Anhaltspunkte i. S. von § 3 Abs. 1, § 4 Abs. 1 BVerfSchG dafür, daß die „Partei des Demokratischen Sozialismus“ (PDS) insgesamt die freiheitliche demokratische Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland nicht akzeptieren, sondern überwinden will. Zu diesen tatsächlichen Anhaltspunkten zählt, daß die PDS in der Partei offen linksextremistisch agierenden Gruppen Raum gibt. Solche linksextremistischen Gruppierungen sind insbesondere:
 - die „Kommunistische Plattform der PDS“ (KPF) mit ca. 5 000 Mitgliedern,
 - die „Arbeitsgemeinschaft Junge GenossInnen in und bei der PDS“ (AG Junge GenossInnen) mit – nach eigenen Angaben – ca. 500 Mitgliedern,

Die Antwort wurde namens der Bundesregierung mit Schreiben des Bundesministeriums des Innern vom 21. Februar 1996 übermittelt.

Die Drucksache enthält zusätzlich – in kleinerer Schrifttype – den Fragetext.

- die „Arbeitsgemeinschaft Autonome Gruppen in und bei der PDS“ (AG Autonome Gruppen) mit – nach eigenen Angaben – ca. 200 Mitgliedern,
- die „Arbeitsgemeinschaften Bund Westdeutscher Kommunisten in der PDS“ (AG BWK) mit ca. 250 Mitgliedern,
- das „Libertäre Forum bei der PDS“, bisher keine Mitgliederzahl bekannt.

Zu erwähnen ist auch das orthodox-kommunistisch ausgerichtete „Marxistische Forum der PDS“ (keine Mitgliederzahl bekannt). Das Gedankengut dieser Gruppierung hat in der Partei offensichtlich eine weite Verbreitung; der PDS-Ehrendirektor Hans Modrow warnte anlässlich der Veröffentlichung des Aufrufs „In großer Sorge“ – er ging der Gründung des MF voraus – davor, den Aufruf und seine Unterzeichner „in Bausch und Bogen“ zu verurteilen, wenn man dies tue, „haue man auf der Hälfte der Partei herum“ („Neues Deutschland“ vom 24. Mai 1995).

- Die KPF bekennt sich seit ihrer Gründung Ende 1989 offen zum Marxismus-Leninismus. In ihren „Thesen zum inhaltlichen Selbstverständnis der Kommunistischen Plattform der SED-PDS“ betonte sie am Gründungstag:

„Die revolutionäre Arbeiterbewegung mit dem wissenschaftlichen Kommunismus, mit dem Marxismus-Leninismus, zu verbinden, aufgrund der marxistisch-leninistischen Analyse der realen Gesellschaftsentwicklung Strategie und Taktik zu bestimmen und Politik zu organisieren – ist vornehmste Aufgabe der Kommunisten und sie bleibt es.“

Nach einer programmatischen Erklärung vom Februar 1994, verfaßt von drei damaligen Sprechern der KPF, bildet der wissenschaftliche Kommunismus, wie er durch Lenin, Luxemburg, Gramsci, Trotzki, Bucharin oder Mao Tse-Tung weiterentwickelt worden sei, die Grundlage für die Politik der KPF. Ziel der KPF sei die revolutionäre Transformation der alten, der Klassengesellschaft, in eine neue, klassenlose Gesellschaft. Die praktische Politik der KPF sei aus den Gemeinsamkeiten mit allen Linken und dem originär Kommunistischen abzuleiten. Das Verhältnis von Revolution und Reform sei in dialektischer Einheit zu sehen. (...) Immer müsse eine echte Reform der Vorbereitung und Durchsetzung revolutionärer Prozesse dienen.

In einem Thesenpapier der PDS, das überwiegend von Funktionären der KPF – u. a. von Michael Benjamin, Sahra Wagenknecht und Ellen Brombacher – im Rahmen der Strategiedebatte in der PDS erarbeitet wurde, wird das Oppositionsverständnis der Partei dahin definiert, daß Opposition sowohl auf Reformen innerhalb des kapitalistischen Systems als auch langfristig auf dessen Überwindung, auf die Verwirklichung der grundsätzlichen sozialistischen Zielstellung der PDS abziele. (Zitiert nach: „Neues Deutschland“ vom 10./11. Juni 1995)

In einer gemeinsamen persönlichen Erklärung zur „Stalinismusdebatte“ bekennen sich Prof. Michael Benjamin, Ellen Brombacher, Thomas Hecker, Prof. Heinz Karl, Dr. Heinz Marohn und Sahra Wagenknecht zur Legitimität des frühen Sozialismus und bedauern zutiefst, daß der Beginn realer sozialistischer Entwicklung – zumindest in Europa – vorerst abgebrochen sei (Kommunisten in der PDS, Sonderheft der KPF der PDS, Juni 1995, S. 9).

Parlamente will die KPF zur Verbreitung sozialistischer Zielstellungen instrumentalisieren. Nach dem vorgenannten Thesenpapier wird dazu ausgeführt, daß die Tribüne der Parlamente Öffentlichkeit für linke sozialistische Politik ermögliche.

— Ja.

Unter den Mitgliedern der PDS in den westlichen Bundesländern befinden sich viele ehemalige Mitglieder der „Deutschen Kommunistischen Partei“ (DKP), ferner Mitglieder des „Bundes Westdeutscher Kommunisten“ (BWK) sowie der trotzkistisch orientierten „Vereinigung für Sozialistische Politik“ (VSP). Diese sind zugleich in der PDS und im BWK bzw. in der VSP organisiert.

2. Welche neueren Erkenntnisse liegen der Bundesregierung über die im Aufbau befindlichen PDS-Untergliederungen „Arbeitsgemeinschaft Autonome Gruppen in und bei der PDS“ und „Anarchistische Plattform in und bei der PDS“ vor?

Die nach eigener Darstellung im Juni 1994 gegründete AG Autonome Gruppen fungiert, ähnlich wie die AG Junge GenossInnen, offensichtlich als Bindeglied zwischen PDS und autonomen Gruppierungen außerhalb der Partei. Ziel der AG Autonome Gruppen ist es – so Stefan Bulian, einer ihrer Initiatoren – Autonome in den täglichen Kampf der PDS einzubeziehen und andererseits die Berührungspunkte zwischen jungen Autonomen und älteren Linken abzubauen.

Die AG Autonome Gruppen hat nach eigenen Angaben ca. 200 Mitglieder (s. o.). Die Publikation „BARRIKADE“ der AG Autonome Gruppen bietet auch militanten Linksextremisten außerhalb der PDS ein Forum zur Darstellung ihrer Positionen. Die Ausgabe Nr. 3/1995 veröffentlichte neben einer Presseerklärung der militanten „Autonomen Antifa (M)“, Göttingen, auch einen vom „Antirepressionsbüro c/o PDS-Kreuzberg, Dieffenbachstraße 33, 3. HH, Aufgang C, 10967 Berlin“ gezeichneten Beitrag „Schluß mit dem Staatsterror!!“; dieser befaßte sich mit den Ermittlungsverfahren gemäß §§ 129, 129a StGB gegen die Untergrundzeitschrift „radikal“ und die terroristischen Gruppierungen „Antimperialistische Zelle“ (AIZ) und „Das K.O.M.I.T.T.E.E.“. „BARRIKADE“ veröffentlichte darüber hinaus unter der Überschrift „CHAOSTAGE 95 – Worte, die die Welt bewegten! 3 Tage im August!“ unkommentiert den Beitrag eines Teilnehmers an dem Punk-Treffen vom 4. bis 6. August in Hannover.

Im Oktober 1995 konstituierte sich in Altenburg/Thüringen ein sog. „Libertäres Forum bei der PDS“. Zu den Gründern des Forums gehören lt. „Neues Deutschland“ vom 18. Oktober 1995 – undogmatische, anarchistisch geprägte Linke – offensichtlich Mitglieder und Sympathisanten der PDS – aus West- und Ostdeutschland. Beteiligt waren lt. „junge Welt“ vom 30. Oktober 1995 auch die „Anarchistischen Plattformen bei der PDS“ aus Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz.

3. Hat die Bundesregierung Erkenntnisse darüber, daß die DKP und ihre Vorfeldorganisationen sowie weitere orthodox-kommunistische Gruppierungen insbesondere in den alten Bundesländern mit der PDS zusammenarbeiten oder diese Zusammenarbeit anstreben?

Intensive Kontakte unterhält die PDS zur DKP vor allem auf regionaler und örtlicher Ebene.

Über die „Sammlung und Bündelung der Linkskräfte“, besonders bei anstehenden Wahlen, diskutierten Funktionäre der DKP mit Vertretern der Parteiführung der PDS Anfang Dezember 1995 (Tätigkeitsbericht des Parteivorstandes der DKP an den 13. Parteitag am 3./4. Februar 1996). Eine kontinuierliche Zusammenarbeit beider Parteien hat sich in der früheren DKP-Nebenorganisation „Marx-Engels-Stiftung e.V.“ entwickelt. Diese betreibt gemeinsam mit der Geschichtskommission der DKP und dem – an der KPF orientierten – „Marxistischen Arbeitskreis zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung bei der Historischen Kommission der PDS“ Geschichtsaufarbeitung im kommunistischen Sinne. In den Vorstand der „Marx-Engels-Stiftung e.V.“ (35 Personen) werden vermehrt Mitglieder der PDS aufgenommen.

Auf den „Offenen Listen“ der PDS zu Bundes- und Landtagswahlen stellen sich ehemalige und aktive DKP-Funktionäre zur Wahl. Bei den Wahlen zur Bremer Bürgerschaft am 14. Mai 1995 kandidierten auf den „Offenen Listen“ der PDS ein Funktionär der DKP sowie vier ehemalige DKP-Mitglieder. Bei den Wahlen zu den Berliner Bezirksverordnetenversammlungen im Oktober 1995 wurden in Hellersdorf und Weißensee über die „Offenen Listen“ der PDS Funktionäre der DKP in die jeweilige Bezirksverordnetenversammlung gewählt.

Im Jahre 1995 bekräftigten Funktionäre der PDS-Thüringen auch gegenüber der marxistisch-leninistischen „Kommunistischen Partei Deutschlands“ (KPD) die „Einheit im Widerstand“. Weiterhin pflegt die PDS Kontakte zum „Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD“ (AB) und zur trotzkistischen „Vereinigten Sozialistischen Partei“ (VSP). Ein führender Funktionär der VSP (Dr. Winfried Wolf) gehört zur Abgeordnetengruppe PDS im Deutschen Bundestag. Die KPF der PDS unterhält darüber hinaus auch Kontakte zur „Marxistisch-Leninistischen Partei Deutschlands“ (MLPD).

4. Wie viele, insbesondere inoffizielle Mitarbeiter des früheren Ministeriums für Staatssicherheit der ehemaligen DDR, jetzige und frühere Mitglieder der DKP und ihrer Vorfeldorganisationen und weiterer orthodox-kommunistischer Gruppierungen sowie Mitglieder der früheren SED kandidierten nach den Erkenntnissen der Bundesregierung als Direkt- oder Listenkandidat für die PDS bei der Bundestagswahl 1994?

Zur Bundestagswahl am 16. Oktober 1994 kandidierten für die PDS auf den „Offenen Listen“ und als Direktkandidaten (oder in beiden Funktionen) etwa 50 Personen, die damals links-extremistischen Organisationen (z. B. der DKP) angehörten bzw. in jüngerer Vergangenheit angehört hatten. Von den Abgeordneten der PDS, die über Landeslisten in den Deutschen Bundestag einzogen, waren drei früher in der DKP aktiv. Es liegt nahe, daß die Kandidaten der PDS früher mehrheitlich der SED angehörten, da über 90 % der PDS-Mitglieder zuvor schon in der SED organisiert waren. Über die Anzahl der inoffiziellen Mitarbeiter des ehemaligen „Ministeriums für Staatssicherheit“ (MfS) der DDR unter den PDS-Kandidaten kann keine Aussage getroffen werden.

5. Welche Landesregierungen teilen nach Kenntnis der Bundesregierung die im Verfassungsschutzbericht des Bundesministeriums des Innern für das Jahr 1994 mitgeteilte Einschätzung zur PDS, „insgesamt ergeben sich aus einer Reihe von Zielsetzungen der Partei und programmatischen Aussagen bis in die Parteispitze tatsächliche Anhaltspunkte für linksextremistische Bestrebungen der Gesamtpartei“?

Welche Hinweise auf einen linksextremistischen Hintergrund bzw. eine linksextremistische Ausrichtung ergeben sich nach Einschätzung der Bundesregierung insbesondere aus programmatischen Äußerungen der PDS?

Insgesamt 15 der 16 Landesbehörden für Verfassungsschutz befassen sich – wenn auch mit unterschiedlicher Intensität – mit der PDS oder bestimmten Teilstrukturen der Partei. Die Brandenburger Verfassungsschutzbehörde bezeichnet die PDS in Brandenburg als „demokratische Partei“.

Programmatik und politisch-ideologisches Selbstverständnis weisen die PDS als eine Partei mit dem Anspruch auf Systemüberwindung aus. Die PDS steht der Staats- und Gesellschaftsordnung der Bundesrepublik Deutschland ablehnend gegenüber.

Die PDS versteht sich als linke „Strömungspartei“ für unterschiedliche sozialistische Kräfte, denen Kritik und Ablehnung der bestehenden politischen und ökonomischen Verhältnisse gemein sind. Das 1993 beschlossene und bis heute gültige Parteiprogramm erklärt hierzu, die PDS sei ein Zusammenschluß unterschiedlicher linker Kräfte die – bei allen Meinungsverschiedenheiten – darin übereinstimmen, daß die Dominanz des privatkapitalistischen Eigentums überwunden werden müsse.

Beseitigung des Kapitalismus, Überwindung des mit ihm verbundenen politischen Systems sowie Errichtung einer neuen „sozialistischen Gesellschaft“ gehören somit, auch wenn die

„Revolutionsrhetorik“ des Marxismus-Leninismus vermieden wird, zu den Zielen der Partei. Im Parteiprogramm erklärte die PDS, die Existenzkrise der Zivilisation mache die Umwälzung der herrschenden kapitalistischen Produktions- und Lebensweise zu einer Frage menschlichen Überlebens.

1995 bekräftigten der PDS-Vorsitzende Lothar Bisky und das PDS Vorstandsmitglied André Brie, die PDS strebe einen demokratischen, sozialen, ökologischen, zivilgesellschaftlichen Wandel der Bundesrepublik Deutschland an, der den Weg zur Überwindung der Kapitalvorherrschaft eröffne.

Die Beseitigung des Kapitalismus und Errichtung des Sozialismus erscheinen der Partei nicht als nur zweckmäßiger, sondern einzig möglicher Ausweg aus der vermeintlichen Krise.

In Abgrenzung zur Sozialdemokratie machte auch der Vorsitzende der Abgeordnetengruppe PDS im Deutschen Bundestag, Dr. Gregor Gysi, in einem Interview – veröffentlicht im „Neuen Deutschland“ vom 13./14. Mai 1995 – die Forderung nach Systemveränderung deutlich. Danach sei die PDS im Unterschied zur SPD nicht der Auffassung, daß sich wirkliche soziale Gerechtigkeit und ökologische Umgestaltung innerhalb der herrschenden Strukturen herstellen ließen. Zwar könne man mehr soziale Gerechtigkeit auch innerhalb dieser Gesellschaft erreichen, jedoch gebe es strukturelle Grenzen. Deshalb wolle die PDS zu einer „demokratisch-sozialistischen Gesellschaft“ kommen.

Auf dem Landesparteitag der PDS Sachsen am 25./26. November 1995 in Hoyerswerda sprach sich der neugewählte Landesvorsitzende Reinhard Lauter – Presseberichten zufolge – gegen das bestehende Gesellschaftssystem der Bundesrepublik Deutschland aus.

Auch die 2. Tagung des 4. Parteitages der PDS, die im Januar 1996 in Magdeburg stattfand, bestätigte den Kurs der Partei.

Der Parteivorsitzende Lothar Bisky unterstrich dort die PDS-Position, daß die Probleme dieser Republik „system- und strukturbedingt“ seien und daß „umfassende Reformen“, welche die PDS für unausweichlich halte, immer auch „radikale Umbrüche“ seien. Die PDS wünsche eine „andere Republik“ (unkorrigiertes Redemanuskript des Pressedienstes der PDS).

Angela Marquardt – eine der stellvertretenden Parteivorsitzenden und führende Repräsentantin der AG Junge GenossInnen – erklärte u. a., die PDS sei eine sozialistische Partei. Sie habe sich auf die Fahnen geschrieben, „an jeder erdenklichen Stelle zuerst die Systemfrage zu stellen“. Wenn die Partei ihrem sozialistischen Anspruch gerecht werden wolle, müsse sie „radikale Systemkritik“ üben (unkorrigiertes Redemanuskript des Pressedienstes der PDS).

6. Welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung über öffentliche Äußerungen von Funktionsträgern in der PDS über die Beseitigung oder Beeinträchtigung des parlamentarisch-demokratischen Systems der Bundesrepublik Deutschland vor, und wie bewertet die Bundesregierung diese Äußerungen im Hinblick auf das Verhältnis der PDS zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland?

Die Äußerungen der PDS zum Parlamentarismus enthalten kein klares Bekenntnis zu diesem Kernelement der freiheitlichen demokratischen Grundordnung. Im Parteiprogramm der PDS wird der „außerparlamentarische Kampf“ als „entscheidend“ bezeichnet. Er hat für die Partei weiterhin Vorrang gegenüber der parlamentarischen Arbeit. PDS-Funktionäre bezeichneten das Parlament als Bühne, um Öffentlichkeit für die Ziele der PDS herzustellen.

Der PDS-Funktionär Harry Nick betonte, parlamentarische Demokratie und Marktwirtschaft seien nicht für die Ewigkeit in der Basis moderner Gesellschaften verankert. Beide hätten nicht finale, sondern nur instrumentale Bedeutung.

In dem Strategiepapier „PDS – neue sozialistische Partei in Deutschland“ wird ausgeführt, die PDS lasse sich unabhängig von möglichen Beteiligungen an „Regierungen der bürgerlichen Gesellschaft“ oder deren Tolerierung nicht zum Schaden ihrer antikapitalistischen Absichten in das herrschende System einbinden. Sie wolle es vielmehr bewußt für ihre Ziele nutzen und „von innen“ verändern.

Der Vorsitzende der Abgeordnetengruppe PDS im Deutschen Bundestag, Dr. Gregor Gysi, betonte in einem Interview – veröffentlicht im „Neuen Deutschland“ vom 13./14. Mai 1995 – ebenfalls die außerparlamentarische Orientierung der PDS. Er erklärte zur Abgrenzung der PDS von der SPD u. a., daß es ein weiterer Unterschied sei, daß die SPD vor allem eine Parlamentspartei sei und deshalb in den Koordinaten von Wahlen denke. Die PDS verstehe sich demgegenüber zu einem beachtlichen Teil als außerparlamentarische Bewegung.

Auf dem Landesparteitag der PDS Brandenburg am 9./10. Dezember 1995 in Neuseddin verabschiedeten die Delegierten ein Thesenpapier der AG Junge GenossInnen, in dem gesellschaftsverändernde Politikansätze verlangt werden. Vor allem solle die Arbeit der Partei in den Parlamenten den Interessen der außerparlamentarischen Opposition untergeordnet werden.

7. Welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung über Äußerungen der stellvertretenden PDS-Parteivorsitzenden Angela Marquardt oder anderer Funktionsträger der PDS zur Frage der Gewalt und des gewaltsamen Widerstandes vor, und wie bewertet die Bundesregierung diese Äußerung im Hinblick auf das Verhältnis der PDS zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland?

Das Verhältnis der PDS zur Gewalt als Mittel der politischen Auseinandersetzung scheint sich nicht nach den Wertvor-

stellungen des demokratischen Rechtsstaates, sondern nach Zweckmäßigkeitserwägungen zu bestimmen. In der politischen Praxis der PDS stehen Distanzierungen von Gewalt billigenden Äußerungen gegenüber. Besonders wenn es um Gewalt gegen vermeintliche Rechtsextremisten oder um sog. Widerstand gegen Repression geht, wird die Anwendung von Gewalt nicht eindeutig abgelehnt.

„Wenn von rechts zugeschlagen werde, sei es blauäugig, Gewaltfreiheit zu proklamieren.“ (Angela Marquardt, stellvertretende Parteivorsitzende der PDS, in einem Interview mit der Wochenzeitung „Wochenpost“ Nr. 35 vom 24. August 1995.)

In einer über Mailboxen verbreiteten Erklärung anlässlich der gewalttätigen Ausschreitungen um den CASTOR-Transport beklundete der PDS-Bundestagsabgeordnete Rolf Köhne (früher DKP) – er ist auch Mitglied der KPF – Verständnis und Solidarität für die militanten Gegner des Transports, indem er u. a. erklärte, in einem demokratischen Land müsse davon ausgegangen werden, daß die Bevölkerung die Gewalt auch zwischen den Wahlen inne habe und mit der Anwendung dieser Gewalt – gemeint sind offensichtlich die gewalttätigen Störungen des CASTOR-Transports – zu rechnen sei. Im übrigen bestätigte die 2. Tagung des 4. Parteitages im Januar 1996 in Magdeburg den Eindruck, daß die PDS bereit ist, bei der Durchsetzung ihrer Ziele „bewußte Regelverletzungen“ in Kauf zu nehmen. Ein entsprechender Änderungsantrag der AG Junge GenossInnen zum Leitantrag des Parteivorstandes zur Kommunalpolitik wurde angenommen.

Ausfluß des besonderen Verhältnisses der PDS zur Gewalt als Mittel der politischen Auseinandersetzung ist auch die Zusammenarbeit mit gewaltbereiten Autonomen in Aktionsbündnissen (vgl. Antwort zu Frage 10).

8. Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß eine ganze Reihe von Kriterien, die insbesondere im Verfassungsschutzbericht enthalten sind, wie z. B.:
- Herkunft der PDS aus der SED,
 - Duldung und Förderung offen linksextremistischer Strukturen in der PDS,
 - Verbindung und Zusammenarbeit der PDS mit inländischen Linksextremisten,
 - Verbindungen und Kontakte der PDS zu ausländischen kommunistischen Parteien und sonstigen ausländischen Linksextremisten,
 - das zweideutige Verhältnis der PDS zur Gewalt als Mittel der politischen Auseinandersetzungen,
 - die Systemüberwindung als Zielprogrammatik und politisch-ideologisches Selbstverständnis der PDS,
- tatsächliche Anhaltspunkte i. S. von §§ 3, 4, des Bundesverfassungsschutzgesetzes darstellen?

Die in der Frage genannten Kriterien bilden tatsächliche Anhaltspunkte für eine politisch-extremistische Orientierung i. S. von § 3 Abs. 1, § 4 Abs. 1 BVerfSchG.

9. Welche Veranstaltungen und Demonstrationen mit Zielen, die Anhaltspunkte für eine Ablehnung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland durch die Teilnehmer bieten, wurden nach Erkenntnissen der Bundesregierung in den Jahren 1994 und 1995 von der PDS angemeldet oder durch die PDS als Mitveranstalterin getragen, und wie viele nahmen einen nichtfriedlichen Verlauf?

Aufgrund der Länderzuständigkeiten liegt kein vollständiger Überblick über von der PDS angemeldete oder mitgetragene Veranstaltungen und Demonstrationen vor, deren Ziele Anhaltspunkte für eine Ablehnung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung durch die Teilnehmer bieten. Beispielhaft können aber genannt werden:

- Die Demonstration zum ersten Todestag des PKK-Sympathisanten Halim Dener am 1. Juli 1995 in Hannover

Für den Aufruf zeichnete der PDS-Bundestagsabgeordnete Rolf Köhne – er ist Mitglied der KPF – verantwortlich. Angemeldet wurde die Demonstration von einer Vertreterin der PDS/Linke Liste. Etwa 5 000 Personen beteiligten sich. Demonstranten trugen Symbole der PKK und ERNK und zeigten Fahnen und Transparente mit den verbotenen Emblemen.

- Die Demonstration des – maßgeblich von Linksextremisten getragenen – Bündnisses „3. 10. – Es gibt nichts zu feiern“ gegen die Feiern zum „Tag der Deutschen Einheit“ am 3. Oktober 1995 in Düsseldorf

Seit Juli des letzten Jahres hatte dieses Bündnis bundesweit in Mailboxen und Flugblättern zu Protestaktionen am Ort der offiziellen Veranstaltung zum „Tag der Deutschen Einheit“ aufgerufen. An dem Aktionsbündnis zeigte die PDS besonderes Interesse; in ihren Büroräumen in Düsseldorf, Oststraße 37, war unter der Bezeichnung „Büro für ständige Einmischung“ eine Kontaktstelle eingerichtet worden.

Die Aufrufe zur Demonstration in Düsseldorf nannten als Unterzeichner neben dem PDS-Bundesparteirat, den PDS-Landesverbänden Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen und den PDS-Gruppen Aachen, Bochum, Bonn, Düsseldorf, Dorsten, Münster-Coesfeld, Neuss, Ratingen, Soest, Wuppertal sowie der NRW-AG „Junge GenossInnen in und bei der PDS“. Namentlich unterzeichneten den Aufruf die PDS-Bundestagsabgeordneten Ulla Jelpke und Rolf Köhne.

Zu den Rednern der Auftaktkundgebung gehörte die PDS-Bundestagsabgeordnete Ulla Jelpke, die auch die Demonstration angemeldet hatte. Sie erklärte u.a., es gebe keinen Grund, den Anschluß der DDR an die Bundesrepublik Deutschland zu feiern. Durch die „Annexion“ der DDR habe der „BRD-Imperialismus“ neue Schubkraft gewonnen, um seine Großmachtinteressen durchzusetzen.

- Die Demonstration „Radikal ins nächste Jahrtausend“ am 16. Dezember 1995 in Hamburg

Angemeldet wurde die Demonstration vom Landesgeschäftsführer der PDS/Linke Liste (LL) Hamburg Andreas Grünwald.

Auf der Veranstaltung bekundeten überwiegend Autonome und linksextremistisch orientierte Antifagruppen ihre Solidarität mit der Untergrundzeitschrift „radikal“ und protestierten gegen angebliche staatliche Repression. Es kam zu gewaltsamen Ausschreitungen.

Der Landesvorstand der PDS/LL Hamburg rechtfertigte in einer über Mailboxen bekanntgewordenen Pressemitteilung vom 23. Dezember 1995 die Anmeldung der Demonstration durch Grünwald ausdrücklich.

10. Welche Verbindungen und Zusammenarbeit der PDS mit Kommunisten und anderen Linksextremisten in Deutschland sind der Bundesregierung bekannt?

Gibt es nach Erkenntnissen der Bundesregierung auch ein Zusammenwirken mit gewaltorientierten Autonomen und Anarchisten oder Anhängern der verbotenen kurdischen PKK?

Welches Verhältnis hat die PDS nach Kenntnis der Bundesregierung zur Gewalt als Mittel der politischen Auseinandersetzung?

Wegen der Verbindung und Zusammenarbeit der PDS mit Kommunisten und anderen Linksextremisten in Deutschland wird auf die Antwort zu Frage 3 verwiesen.

Gegenüber gewaltbereiten Autonomen außerhalb der Partei zeigt die PDS kaum Berührungängste. Öffentliche Äußerungen mehrerer ihrer Funktionäre erwecken vielmehr den Eindruck, daß die Partei militante Aktionsformen nach taktischen Erwägungen beurteilt.

Der Parteivorsitzende Lothar Bisky bezeichnete in einem Brief an die AG Junge GenossInnen – veröffentlicht im ND vom 31. Januar 1994 – das Verhältnis von Autonomen und PDS zwar als „kompliziert und widersprüchlich“, bestätigte aber, daß Kreisorganisationen einen „angemessenen Umgang“ mit Autonomen unterhielten und diese weder „beschimpfen noch ausgrenzen“.

Mitte Oktober 1994 äußerte die Fraktionsvorsitzende der PDS im Sachsen-Anhaltinischen Landtag, Petra Sitte, in einer Fernsehsendung für Jugendliche Verständnis für die Gewaltanwendung der „Autonomen Antifa“ und sah keinen Grund, politischen Gewalttätern die Zusammenarbeit zu verweigern.

Enge Kontakte zu Autonomen pflegt offensichtlich die AG Junge GenossInnen. An einem „Widerstandskongreß“ der AG Junge GenossInnen am 14./15. Mai 1994 in Strausberg nahmen, dem „Neuen Deutschland“ vom 16. Mai 1994 zufolge, auch Vertreter der autonomen Antifa und Personen teil, die wegen Unterstützung einer terroristischen Vereinigung mehrjährige Haftstrafen verbüßt hatten. Angela Marquardt, stellvertretende Parteivorsitzende und Repräsentantin der AG Junge GenossInnen, erklärte in einem Interview mit der Wochenzeitung „Wochenpost“ Nr. 35 vom 24. August 1995 auf die Frage zur Zusammenarbeit der Arbeitsgemeinschaft mit Autonomen u. a.: „Ich habe kein Problem, mit Leuten, die sich autonom verstehen, in der Sache zusammenzuarbeiten. Wenn es um Kampf gegen Rechts-

radikalismus geht, dann arbeite ich natürlich auch mit einer Autonomen Antifa zusammen."

Insbesondere im Rahmen der „Antifaschismus“- und auch „Antimilitarismus“-Aktionen tritt die PDS als Veranstalter und Anmelder von Demonstrationen und Kundgebungen von Bündnissen auf, an denen auch Autonome beteiligt sind. Die Partei ist durch ihre Gliederungen in Vorbereitung und Planung solcher Veranstaltungen eingebunden und leistet logistische Unterstützung.

Hervorzuheben ist auch die Solidaritätsarbeit der Partei für den „kurdischen Befreiungskampf“. Öffentliche Erklärungen und die Aktionen der PDS vermitteln den Eindruck, daß sie der „Arbeiterpartei Kurdistans“ (PKK) nicht ablehnend gegenübersteht. Die Ziele der PKK werden vielmehr gebilligt und deren Anliegen politisch unterstützt. Neben Erklärungen von PDS-Vertretern, daß sie bestimmte Maßnahmen der PKK ablehnten oder verurteilten, stehen Solidaritätsbekundungen.

Die Delegierten der 1. Tagung des 4. Parteitages der PDS erklärten sich im Januar 1995 mit dem „Widerstands- und Befreiungskampf in Kurdistan“ solidarisch und forderten die Aufhebung der Verbote kurdischer Organisationen und Vereine. Im April 1995 nahmen in Den Haag Vertreter der PDS als Gäste an der Gründungsversammlung des „Kurdischen Exilparlaments“ teil, in dem die PKK zahlreich – offen und verdeckt in beeinflussten Gruppierungen – vertreten ist.

Wegen des Verhältnisses der PDS zur Gewalt als Mittel der politischen Auseinandersetzung wird auf die Antwort zu Frage 7 verwiesen.

11. Bei welchen Vorständen von Vereinigungen und Vorfeldorganisationen, bei denen Anhaltspunkte für Bestrebungen gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung bestehen, sind der Bundesregierung Personalunionen mit Vorständen der PDS bekannt, und durch welche Personen bestehen diese Personalunionen?

Zu Vorfeldorganisationen der PDS liegen u. a. Erkenntnisse zum „Ostdeutschen Kuratorium für Verbände e.V.“, zur „Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde e.V.“ (GBM) und zur „Gesellschaft zur rechtlichen und humanitären Unterstützung“ (GRH) vor.

Nach der Studie Nr. 111/1995 der Konrad-Adenauer-Stiftung gehören zu den befreundeten, beeinflussten oder zu den Vorfeldorganisationen der PDS auch

- der PDS-nahe „Offener Wirtschaftsverband für klein- und mittelständische Unternehmen in Berlin und Brandenburg e.V.“ (OWUS),
- die „Freie Deutsche Jugend“ (FDJ), die ehemalige sozialistische Massenorganisation der Jugendlichen in der DDR,

- die „Komitees für Gerechtigkeit“, die eine beachtliche Zahl ehemaliger SED- und MfS-Funktionäre sowie Professoren und Intellektuelle der ehemaligen SED und des MfS vereinigen und
- der „Bund demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler e.V.“ (BdWi).

12. Welche Stiftungen, Bildungsvereine und Vereinigungen stehen der PDS nach Erkenntnissen der Bundesregierung nahe und werden durch die PDS gefördert?

Soweit bekannt wurde, bezeichnet die PDS sechs Vereine bzw. Stiftungen als der Partei nahestehend. Es sind dies der Verein „Gesellschaftsanalyse und Politische Bildung e.V.“ (Berlin), der Verein „Helle Panke e.V.“ (Berlin), der „Brandenburger Verein für politische Bildung Rosa Luxemburg e.V.“ (Rostock), der „Rosa Luxemburg Verein e.V.“ (Leipzig) und der Verein „Elsa e.V.“ (Magdeburg). Daneben existiert in Thüringen ein „Jenaer Forum für Bildung und Wissenschaft e.V.“ (Jena), das offensichtlich ebenfalls der PDS nahesteht.

Der Verein „Gesellschaftsanalyse und Politische Bildung e.V.“ ist im April 1991 vom PDS-Vorstand als parteinahe Bundesstiftung anerkannt worden. Sitz des Vorstandes ist Berlin. Als Kontaktadressen in den Ländern werden die o. a. Vereine angegeben. Sie sind nach dem Muster der Bundesebene von den jeweiligen Landesverbänden als parteinahe Stiftung anerkannt.

Nach eigenen Angaben finanziert sich der Verein „Gesellschaftsanalyse und Politische Bildung e.V.“ u. a. aus ABM-Mitteln, privaten Spenden und Zuwendungen der PDS. Die PPS setzt sich seit Jahren für eine Förderung der Stiftung aus Bundesmitteln ein. Da ihr dies bislang verwehrt wurde, hat sie Klage beim Bundesverfassungsgericht erhoben.

13. Wie viele mutmaßliche hauptamtliche und inoffizielle Mitarbeiter des ehemaligen Ministeriums für Staatssicherheit der DDR befinden sich nach Erkenntnissen der Bundesregierung im Bundesvorstand und in den Landesvorständen der PDS?

Über die Zahl der hauptamtlichen und inoffiziellen Mitarbeiter des MfS der ehemaligen DDR in Bundesvorstand und Landesvorständen der PDS liegen keine genauen Erkenntnisse vor.

Der Umstand, daß sich die PDS mehrfach mit MfS-Beschlüssen und insbesondere auch mit dem Umgang mit Stasi-belasteten Abgeordneten befassen mußte, zeigt, daß es sich nicht um einen vernachlässigbaren, unbedeutenden Personenkreis handeln kann.

14. Hat die RAF-Sympathisantenszene nach den Erkenntnissen der Bundesregierung Kontakte zur PDS, und gibt es Erkenntnisse darüber, daß die PDS durch die Kontakte und Öffentlichkeitsarbeit diese Szene zumindest mittelbar unterstützt?

Bereits 1991 unterstützten die PDS/Linke Liste Rheinland-Pfalz und die PDS/Linke Liste Baden-Württemberg den Aufruf „Leben zu wollen, heißt, die Isolation durchbrechen!“ zur Zusammenlegung Inhaftierter der RAF. In dem Aufruf, initiiert durch die Zeitschrift „clockwork 129a“, hieß es u. a.: Die staatlichen Angriffe auf die „politischen Gefangenen“ seien Angriffe auf alle, die nicht zur mehr oder weniger jubelnden Anhängerschaft des Systems geworden seien. Man dürfe von den Inhaftierten nicht verlangen, ihre politische Identität und ihre Ziele zu verraten (Pressemitteilungen der PDS/Linke Liste Rheinland-Pfalz vom 15. Juli 1991, taz vom 3. August 1991).

In ihrem Bundestagswahlprogramm 1990 hatte die PDS/Linke Liste gefordert, alle Strafvorschriften, die der „politischen Verfolgung“ dienten, abzuschaffen, insbesondere § 129a StGB (Bildung terroristischer Vereinigungen), mit dem „fortschrittliche Gruppen“ ausgeforscht würden.

Am 14./15. Mai 1994 veranstaltete die AG Junge GenossInnen einen „Widerstandskongreß“ in Strausberg/Brandenburg. In einem Arbeitskreis „Widerstand und Gewalt“ diskutierten auch Personen mit, die wegen Unterstützung einer terroristischen Vereinigung mehrjährige Haftstrafen verbüßt hatten.

Zum Bundestagswahlkampf 1994 wurde auf einem Plakat in Hamburg die Freilassung von 18 Inhaftierten aus der RAF gefordert. Es hieß dort: „Keine Todesstrafe auf Raten! Kein Lebenslänglich! Sie müssen raus!“. Die PDS-Bundestagskandidatin Christiane Schneider (Landesliste Hamburg) forderte in einer Erklärung die Freilassung der zu lebenslangen Freiheitsstrafen verurteilten RAF-Terroristen und bezichtigte den Rechtsstaat einer grausamen und menschenverachtenden Behandlung der Inhaftierten. Auf den offenen Listen der PDS zur Bundestagswahl 1994 (Landesliste NRW) kandidierte auch die ehemalige Strafverteidigerin der RAF-Terroristen Klar und Wagner; sie bezeichnete in der Fernsehsendung „frontal“ im September 1994 RAF-Terroranschläge als „Widerstand“.

Die „Gesellschaften für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung mbH“ (GNN), eine über die „Arbeitsgemeinschaften BWK in der PDS“ mit der Partei verbundene Verlagsgruppe, publizieren die Schrift „Angehörigen Info“. Das Blatt veröffentlicht u. a. Briefe und Erklärungen Inhaftierter aus der RAF und ihrer Unterstützer.

In der Ausgabe Nr. 342 des autonomen Szeneblattes „Interim“ (vom 17. August 1995) wird die Anschrift der PDS-Kreuzberg in Berlin als Kontaktadresse für eine „Prozeßgruppe Birgit Hoge-feld“ angegeben. Erhältlich sind dort u. a. Informationen von RAF-Sympathisanten zum Prozeß.

15. Sind der Bundesregierung Kontakte der PDS zu ausländischen kommunistischen Parteien oder anderen Linksextremisten im Ausland bekannt?

Was ist unter dem von der PDS proklamierten „Internationalismus“ im einzelnen nach Kenntnis der Bundesregierung zu verstehen?

Zu ausländischen kommunistischen Parteien – dazu gehören auch Nachfolgeorganisationen der ehemaligen kommunistischen Staatsparteien des Ostblocks – unterhält die PDS kontinuierliche freundschaftliche Beziehungen. Sie entsendet Delegationen zu Parteitag sowie sonstigen wichtigen Parteiveranstaltungen und pflegt regelmäßige Gesprächskontakte. In Europa sind die „Französische Kommunistische Partei“ (FKP), die „Kommunistische Partei Österreichs“ (KPÖ), die „Kommunistische Partei Böhmens und Mährens“ die kommunistisch dominierte „Izquierda Unida“ (IU) in Spanien, die italienische „Rifondazione Comunista“ und die „Kommunistische Partei der Russischen Föderation“ (KPRF) die bevorzugten Adressaten dieser Politik.

Der PDS-Pressedienst berichtet halbjährlich über die „internationalen Aktivitäten“ des PDS-Bundesvorstandes.

Die Praxis des im PDS-Parteiprogramm festgeschriebenen „Internationalismus“ knüpft, wenn auch unter anderen Bedingungen, an das marxistisch-leninistische Prinzip des „proletarischen Internationalismus“ an. Dies wird auch von der stellvertretenden Parteivorsitzenden Sylvia-Yvonne Kaufmann – sie ist im Parteivorstand für die internationalen Beziehungen der PDS zuständig – bestätigt: Im „Neuen Deutschland“ (ND) vom 24. Juli 1995 erklärte sie, die PDS habe ihren Charakter als internationalistische Partei im Parteiprogramm fixiert, und viele Mitglieder sähen dies im traditionellen Sinne der internationalen Solidarität.

16. Gibt es nach Kenntnis der Bundesregierung auch derzeit Ziele der PDS zur „Systemüberwindung“ und Herstellung kommunistischer Verhältnisse wie in der früheren DDR, und geht die Bundesregierung nach den ihr vorliegenden verfassungsschutzrelevanten Erkenntnissen davon aus, daß die PDS der Staats- und Gesellschaftsordnung der Bundesrepublik Deutschland im Gegensatz zum Sowjetsozialismus und dem totalitären SED-Regime mindestens ablehnend gegenübersteht?

Im Rahmen der Programmatik ist auffällig, daß die Kritik an kommunistischen Zwangssystemen Mittel- und Osteuropas sowie der DDR in quantitativer Hinsicht eher zurückhaltend ausfällt. Die bolschewistische Oktoberrevolution von 1917 und die mit ihr verbundenen globalen politischen Umwälzungen bewertet das Programm der PDS grundsätzlich positiv.

Die Kritik des sowjetischen Sozialismus reduziert sich auf eine Verurteilung stalinistischer Herrschaftspraktiken. Entsprechend wird auch die Errichtung der SED-Diktatur in der ehemaligen DDR für legitim erklärt.

Michael Schumann – Mitglied des Parteivorstandes der PDS – erörterte auf der Konferenz „Fünf Jahre Partei des Demokratischen Sozialismus in der Bundesrepublik Deutschland. Die historisch-politische Debatte der PDS“ am 25./26. November in Berlin Geschichte und Politik der PDS. In seiner Rede – auszugsweise veröffentlicht im PDS-Pressedienst Nr. 49 vom 8. Dezem-

ber – führte er u. a. aus, der Sozialismusversuch in der DDR sei – trotz der mit ihm verbundenen Fehler, Irrwege, Versäumnisse und selbst Verbrechen – eine legitime historische Antwort auf die durch Kriege und andere unvergleichliche Verbrechen an der Menschheit gekennzeichnete Periode der deutschen Geschichte in der ersten Hälfte des Jahrhunderts gewesen. Er sei auch angesichts des katastrophalen Versagens der bürgerlichen deutschen Eliten und der Restauration der alten Machtverhältnisse in Westdeutschland eine legitime Alternative gewesen. Das Engagement Hunderttausender für diese Alternative bedürfe keiner Entschuldigung.

Im übrigen wird auf die Beantwortung der Fragen 1, 5, 6, 7, 8,10 verwiesen.

